

Baugesuch für Deponie

WIESENDANGEN Nach langwierigen Vorbereitungen liegt nun das Baugesuch für die zwischen Wiesendangen und Rickenbach geplante Inertstoff-Deponie öffentlich auf.

Zwischen der Autobahn A1 und der Rucheggstrasse sollen 810 000 Kubikmeter Beton, Ziegel, Glas und andere Bauabfälle sowie Aushubmaterial angehäuft werden. Das Volumen entspricht einem Würfel von mehr als 90 Metern Kantenlänge. Jährlich fallen im Kanton Zürich rund 200 000 Kubikmeter dieser Inertstoffe an.

Auf den bestehenden Deponien im Kanton war Ende 2015 noch Platz für 1,2 Millionen Kubikmeter Inertstoffe, weshalb weitere Deponiestandorte nötig sind. In Wiesendangen stehen die Planungen kurz vor dem Abschluss. Eine gemeinsame Aktiengesellschaft der Firma Aregger aus dem luzernischen Buttisholz und der Winterthurer Firma Toggenburger wird 16 Jahre lang Bauabfälle und Aushub auf dem Geländespickel bei der Autobahnausfahrt Oberwinterthur ablagern dürfen. Danach soll die Deponie mit Erde zugedeckt und wieder landwirtschaftlich genutzt werden.

Einiges Zähneknirschen

Seit gestern liegt das Baugesuch für die Deponie auf. Den Rahmen bilden ein Gestaltungsplan und ein Vertrag, die beide rechtskräftig sind. In intensiven Gesprächen fanden die künftigen Betreiber und die Anwohner, Anstösser und Gemeinden – von den Emissionen ist auch Rickenbach betroffen – Kompromisse, die von den Beteiligten mehr oder weniger zuneignend akzeptiert wurden.

In Betrieb genommen darf die Deponie erst, wenn die Kreuzung beim Bahnhof Rickenbach-Attikon umgebaut ist. Diese ist heute ein Unfallschwerpunkt. Wegen des Lastwagenmehrverkehrs befürchteten die Gemeinden noch mehr gefährliche Situationen und verlangten den vorgängigen Umbau zu einem Kreisel. Laut der kantonalen Baudirektion wird ein Vorprojekt noch in diesem Jahr aufgelegt. Bleiben Einsprachen aus, soll der Kreisel im Frühling 2020 fertiggestellt sein. Von den auf 2,4 Millionen Franken geschätzten Kosten müssen die Deponiebetreiber einen Anteil übernehmen.

Wie im Vorfeld abgemacht, wird im Osten und Westen der Deponie ein Humuswall die Anwohner vor Lärm schützen. Auch weitere Vorbereitungsarbeiten dürfen beginnen, bevor der Kreisel fertiggebaut ist. So kann etwa die Deponiesohle mit Entwässerungsleitungen versehen werden. Voraussetzung ist jedoch eine rechtskräftige Baubewilligung. *dh*

Bei Kollision verletzt

GACHNANG Bei einem Verkehrsunfall in Kefikon wurde am Donnerstagabend eine Person leicht verletzt. Wie die Kantonspolizei Thurgau mitteilt, fuhr kurz nach 19.45 Uhr ein 49-jähriger Autolenker auf dem Ameletgässli Richtung Dorfstrasse und wollte nach links Richtung Islikon abbiegen. Dabei übersah er eine 49-jährige, vortrittsberechtigte Lenkerin eines Dreirad-Motorfahrzeuges, die auf der Dorfstrasse von Islikon her dorfauswärts unterwegs war. Die Frau wurde beim Unfall leicht verletzt und musste vom Rettungsdienst ins Spital gebracht werden. red

Fusionsgegner verhindern Podium

STAMMERTAL Vor der Fusionsabstimmung am 24. September findet im Stammertal doch keine Podiumsdiskussion statt. Kein Gegner will teilnehmen. Dafür formiert sich eine Bürgergruppe.

Der «Landbote» wollte im Schwertsaal in Oberstammheim eine Podiumsdiskussion veranstalten. Befürworter wie auch Gegner einer Fusion von drei Politischen Gemeinden und der Schule im Stammertal sollten sich gegenüberstehen und ihre besten Argumente einbringen.

Das wird nicht geschehen. Rund ein Dutzend angefragte Gegner hat abgesagt, teilweise nach tagelanger Bedenkzeit. Auch ein Aufruf in der Zeitung blieb ohne Ergebnis. Die «Landbote»-Redaktion hat sich deshalb entschieden, die Podiumsdiskussion am 30. August abzusagen. Ein Anlass nur mit Befürwortern wäre der Sache nicht gerecht geworden. Das Bild hätte sich verzerrt. Denn Fusionsgegner gibt es im Stammerthal viele.

Die Gemeinderäte von Unter- und Oberstammheim sowie die Schulgemeinde empfehlen ein Nein. Zudem formiert sich derzeit eine Bürgergruppe unter dem Titel «Einsicht und Weitsicht», die sich mit Flyern, Leserbriefen und Plakaten gegen eine Fusion wehren will. Auch weitere Wortführer wie SVP-Kantonsrat

Konrad Langhart wollen nicht an einer Debatte teilnehmen.

Die Begründungen ihrer Absagen sind aufschlussreich und werfen ein Schlaglicht auf die Stimmung im Tal, kurz bevor die heisse Phase des Abstimmungskampfs beginnt.

Angst um den Ruf im Dorf

Die Gemeindepräsidenten von Ober- und Unterstammheim vertreten die Haltung, dass eine einseitige Information ihrerseits genügt («Landbote» vom 15. Juli). In Familien, mit Nachbarn und in Vereinen werde sehr offen und konstruktiv über das Thema gesprochen, sagt Martin Farner. Er ist FDP-Kantonsrat und Gemeindepräsident in Oberstammheim. Ein anderer angefragter Gemeinderat scheut sich davor, seine Meinung an einer Podiumsdiskussion öffentlich zu vertreten. Er fürchtet um seine Wiederwahl, wenn die Fusion dann doch gutgeheissen würde.

Ein Fusionsgegner ausserhalb der Behörden meint gar, er wolle sich mit den Befürwortern, die zugesagt haben, nicht an den gleichen Tisch setzen. Sein Ruf in der Gemeinde könnte leiden. Und ein



«Es macht mir Sorgen,
wenn der öffentliche
Diskurs abgewürgt
wird.»

*Jacqueline Fehr,
SP-Regierungsrätin*

mischen habe. Dies, obwohl jährlich Geld vom Kanton über den Finanzausgleich ins Stammerthal fliesst. 2016 waren es rund 5,4 Millionen Franken, 2017 rund 5,3 Millionen Franken.

Telefongespräche mit Fusionsgegnern sind oft ähnlich abgelaufen. Mit viel Überzeugung wurde zuerst gegen eine Fusion argumentiert. Auch eine Podiumsdiskussion hätten einige begrüßt. Dann kamen die Absagen.

Fehr wollte sich Kritik stellen

SP-Regierungsrätin Jacqueline Fehr bedauert es, dass die Podiumsdiskussion nicht stattfindet. Sie hatte sich schon in einem «Landbote»-Interview für eine Fusion ausgesprochen. Ihre pointierten Aussagen ernteten damals harsche Kritik von Stammtaler Politikern. Gerne hätte sie sich dieser vor Ort gestellt, wie sie sagt. Denn ein Grundpfeiler der Demokratie sei es, auch mit jenen Leuten zu diskutieren, mit denen man sich nicht einig ist. «Ebenso wichtig ist es, dass nach einem Entscheid die unterlegene Minderheit respektiert wird.» Gerade die offene Gesprächskultur mache die Schweiz zu dem, was sie ist. «Es macht mir Sorgen, wenn der öffentliche Diskurs abgewürgt wird.»

«Ein Zeichen der Schwäche»

Ebenfalls auf der Befürworterseite mitdiskutiert hätte Martin Zuber, Gemeindepräsident in Waltalingen und SVP-Kantonsrat. Er bedauert es, dass Fusionsgegner nicht teilnehmen wollen. «Es wäre interessant gewesen, die Argumente der Gegner öffentlich zu hören», sagt er. Die zahlreichen Absagen sind für Zuber auch ein Zeichen der Schwäche. «Es ist traurig für die Demokratie, wenn Gegenargumente nur hinterherum verbreitet werden, wo niemand dagegenhalten kann.» Eine gute Gesprächskultur über die Parteigrenzen hinaus sei wichtig, um Lösungen zu finden.

Zusammenrücken oder nicht?

Einwohner im Stammertal könnten durch die Fusionsabstimmung am 24. September zusammenrücken, egal, wie diese aus-



«Es ist traurig für die Demokratie, wenn Gegenargumente nur hintenherum verbreitet werden, wo niemand dagegenhalten kann.»

*Martin Zuber,
SVP-Kantonsrat*

geht. Denn die Bevölkerung in den Gemeinden Waltalingen, Ober- und Unterstammheim hat sich während des Prozesses noch öfter getroffen als sonst schon. Das schweisst zusammen. Ein hitziger Abstimmungskampf könnte die Fronten aber auch verhärten. Noch ist nicht entschieden, in welche Richtung es geht. Nach diversen Gesprächen mit Stammternaleern entsteht der Eindruck, dass es auch die zweite sein könnte.

Rafael Rohner

Rafael Rohner



Blick von Unterstammheim ins Stammertal: Der Gemeinderat empfiehlt hier ein Nein zur Fusion mit den anderen Talgemeinden.

Archiv / Melanie Duchene

Kommentar



Markus Brupbacher
Redaktor Region

einmal auf der Seite der linken Regierungsrätin gestanden hätte – keine einfache Situation. Schliesslich hat Fehr mit ihrer Einmischung selbst Fusionsbefürworter im Stammertal verärgert. Umso mehr wäre das Podium eine Chance gewesen, der Regierungsrätin aus Zürich mal richtig die Meinung zu sagen. Es wäre ein Heimspiel gewesen. Doch das Gros der Gemeindebehörden findet, Dokumente auf die Webseiten aufzuschalten oder auf der Gemeindeverwaltung aufzulegen und ein paar wenige Informationsveranstaltungen durchzuführen, genüge.

Einseitig Informationen abgeben und nicht mit den Bürgern debattieren: Auch an einer Veranstaltung letzten März wurde den rund 250 anwesenden Bürgern eingebläut, nur Sach- und Verständnisfragen zu stellen. Eine politische Diskussion sei jetzt nicht erwünscht, sagte ein Gemeindevorstandsdirektor damals. Etliche Stammtischler hielten sich aber nicht daran, und das war gut so. Der Entscheid vom 24. September, wie auch immer er ausfallen wird, ist nur nach einer breiten Diskussion genügend legitimiert.

Es werde sehr wohl debattiert, rechtfertigen sich die öffentlichkeitsscheuen Fusionsgegner. Eben einfach nicht in der

breiten Öffentlichkeit, sondern im (Halb-)Privaten von Familie und Verein. Und schliesslich sei die Fusion Sache der Stammertaler, Auswärtige hätten sich nicht einzumischen, schon gar nicht eine Regierungsrätin. So gesehen sind die Absagen zum Podium konsequent. Nur müsste man dann auch selber konsequent sein: Hat das Stammertal Schönes zu berichten, werden die Medien gerufen, um das Erfreuliche über den Talkessel hinauszutragen. Auch für Kritik am Kanton spannt man die Medien gerne ein.

Und das ist auch in Ordnung so. Denn Politik als Ringen um Argumente ist keine Privatsache. So darf sich eine Regierungsrätin durchaus in einen Abstimmungskampf einmischen. Aber man darf das auch daneben oder sogar frech finden. Doch wieso sagen die Fusionsgegner ihr das nicht direkt ins Gesicht und diskutieren es aus? Dem Stammertal wären mehr Selbstbewusstsein und Mut zu wünschen. Denn nun ist die Regierungsrätin die Siegerin, weil sie die Gesprächsverweigerung genüsslich geisseln kann. Dabei hätte das Stammertal gleich drei Kantonsräte, die ihr sehr wohl Paroli bieten könnten. Und vor einem solch «historischen Entscheid» wäre ein öffentliches Podium geradezu geboten, ja zwingend.